

## Der Ausweg aus dem Vasallenstatus

Sigurd Schulien

Im Folgenden sind Auszüge aus dem 40-seitigen Bericht „Der Untergang der DDR“ wiedergegeben, den der letzte DDR-Außenminister Dr. Kersten Radzimanowski bei d-direkt in München veröffentlicht hat. Dieser Bericht beschreibt, wie Deutschland aus dem schändlichen Status als Vasall der USA – an die unser Land durch aufgezwungene Knebelverträge gefesselt ist – befreit werden kann, indem es einen seit 1945 längst fälligen Friedensvertrag mit Rußland schließt. Die gleiche Lösung für die derzeitigen und zukünftigen Probleme Deutschlands wird in dem Buch „Deutschland im Visier der anglo-amerikanischen Hochfinanz“ [1] angegeben. Nachfolgend die Anmerkungen von Dr. Radzimowski, wobei er zunächst auf Vorgänge eingeht, die aus Anlaß der Vereinigung BRD-DDR stattfanden (Seite 30).

Beim Abendessen am 3. Dezember 1989 vor der entscheidenden Nato-Sitzung in Brüssel versicherte Kohl dem US-Präsidenten, daß die weitere Westintegration eine Vorbedingung seiner zehn Punkte sei. Während in Mitteldeutschland für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gekämpft wurde, hatten die Mannen vom Rhein längst vor dem Feind kapituliert. Doch die USA verlangten nicht nur von der Bundesregierung ihre Unterwerfungserklärung. Das strategische Kalkül sah vor, auch die renitenten Westeuropäer, die gegen die deutsche Vereinigung Widerstand leisteten, zu disziplinieren. Präsident Bush sprach deshalb auf dem Nato-Gipfel am 4. Dezember 89 Klartext und machte den sogenannten Nato-Verbündeten klar, was die USA als „pax americana“ verstehen – alle haben das zu tun, was die USA erwarten. Es war nicht einmal ein Monat seit der Grenzöffnung vergangen – da schlug Bush die Pflöcke ein und gab seine vier Prinzipien über die Vereinigung Deutschlands bekannt, dessen zweiter Grundsatz von dem „unveränderten Bekenntnis Deutschlands zur Nato und einer mehr und mehr zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft“ ausgeht und die „Rechte und Verantwortlichkeiten der alliierten Mächte gebührend berücksichtigen“ müsse. Nachdem Bush die Marschrichtung vorgegeben hatte, sollte darüber nicht noch diskutiert werden. So ergriff unmittelbar nach Bush Kanzler Kohl das Wort und schlug vor, ohne jede weitere Diskussion die US-Bedingungen für verbindlich zu erklären, die da lauteten: Verbleib der US-Truppenpräsenz in der BRD, Aufrechterhaltung der Stationierung von US-Atomwaffen auf deutschem Territorium.

Zu diesem Zeitpunkt und in derselben Erklärung über ein „neues Europa“ gab Bush der Nato als Zielvorgabe die eingetretenen Veränderungen in Osteuropa zu sichern und den „strukturellen Rahmen für weitere friedliche Veränderungen“ in Osteuropa zu schaffen. Die USA wußten genau, was die wollten: die Auflösung des Warschauer Vertrages und die Spaltung der Sowjet-Union sowie die Einbindung dieser Staaten in ein gegen Rest-Rußland gerichtetes Militärbündnis. Ob Polen oder Rumänien, Georgien oder Usbekistan, die Nato hatte nach den Worten von Bush die eingetretenen militärpolitischen Machtverhältnisse abzusichern. Der ehemalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Willy Wimmer (CDU), der 1989 Kanzler Kohl veranlaßte, das hochrangige Nato-Manöver mit dem Namen Wintex/Cimex in Deutschland zu verlassen, weil in dem Kriegsszenario die Vernichtung beider deutscher Staaten durchgespielt wurde, äußerte sich zu diesem US-amerikanischen Plan in dem Interview auf der folgenden Seite. Die Bundesregierung hat bis heute nicht die in den 1970er Jahren unterzeichneten Zusatzprotokolle zum humanitären

Kriegsvölkerrecht gekündigt, die den USA den Einsatz von Atomwaffen in Deutschland als in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht erlauben! Besagter Ex-Staatssekretär Wimmer erklärte im Herbst 2014 im Interview mit den Züricher „Zeitfragen“ (S.31):

„Es gibt bis heute einen roten Faden für die westliche Politik gegenüber Rußland: entweder ausplündern lassen oder völlige Unterwerfung... Die Vereinigten Staaten betrachten uns (die BRD) als „Europäer-Gebiet“ und halten uns mit Hilfe der baltischen Staaten, Polens und der Ukraine unter Kontrolle, indem sie den ungehinderten Austausch mit der Russischen Föderation kappen. Washington macht keinen Hehl daraus, daß es bei den jüngst gegenüber Moskau beschlossenen Sanktionen darauf angekommen ist, die EU an den Haken zu bekommen. Jetzt bestimmt man bei sinkenden Wachstumsraten über unsere Wirtschaftspolitik mit“ ....

Für mich drängt sich der Eindruck auf, als würden die USA und ihre plutokratischen Auftraggeber ständig neues Chaos in der Welt produzieren, um Gründe für ihr Eingreifen zu haben – sei es militärischer Art, sei es mit angeblicher Hilfe zu „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“. In jedem Fall geht es um die Aneignung der jeweiligen nationalen Ressourcen an US-Konzerne (S. 32).

Haben wir nicht auch das selbe Gefühl, welches der russische Politologe Alexander Dugin in einem Interview mit dem der ungarischen Jobbik-Partei nahestehenden Weltnetzportal Alfahir offen ausspricht, daß eine unsichtbare Weltdiktatur besteht, deren verdeckte Strukturen allgegenwärtig seien und die Völker von Innen heraus unter der schönfärberischen Bezeichnung „Globalisierung“ mit „soft power“ und „Farbenrevolutionen“ auslöschen wollen? Der Westen, so meint Dugin, vernichtet jegliche Identität, atomisiert die Gesellschaft. „Russen, Ungarn, Slawen, Rumänen, Serben, Deutsche, Franzosen und Spanier“ müßten die Augen öffnen für die Gefahr, sonst wird die „Menschheit“ durch einen alles verschlingenden „Westen“ mit seiner Vorliebe für „homosexuelle Ehen“ mental untergehen.

Wenn man der Frage nach geht, warum die DDR untergehen mußte, dann ganz gewiß nicht ursächlich wegen Mißachtung von Menschenrechten, vorenthaltener Reisefreiheit oder wegen Staatsschulden. Edgar Most, Ende 1989 zum Vizepräsidenten der Staatsbank der DDR ernannt, widerspricht vehement der Auffassung, die DDR sei bankrott gewesen. Nach seiner Kenntnis hatte die DDR einen jährlichen Leistungszuwachs und das Staatsvermögen war größer als die innere und äußere Verschuldung. Als Banker bescheinigt er der DDR Kreditwürdigkeit. Und der Milliarden-Kredit, den Franz Josef Strauß Anfang der 80er Jahre einfädelt? Most sieht darin einen raffinierten Schachzug, durch den „die Abhängigkeit der DDR von der BRD“ verstärkt werden sollte.

Es waren also nicht jene kolportierten Gerüchte, die uns die bundesdeutschen Systemmedien vorgaukeln, die Mitteldeutschlands Untergang besiegelten. Die DDR als besonders exponierter sozialistischer Vorposten mußte untergehen, damit die Finanzgewaltigen ihren Macht- und Herrschaftsbereich ausweiten konnten. Die Zerschlagung der DDR war gewissermaßen ein Eckstein in der US-Strategie zur Erlangung der Weltherrschaft für die Plutokraten. Der jüdische Banker David Rockefeller schrieb 1991, also im Jahr nach dem Anschluß der DDR, auf der Bilderberger Konferenz in Baden-Baden dem handverlesenen Kreis der bundesdeutschen Elite warnend ins Stammbuch: „Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Weltbanker ist mit Sicherheit der nationalen Selbstbestimmung vorzuziehen“. Und dieses Konzept wird weiter entwickelt.

Ich teile die Auffassung des früheren Direktors des Instituts für Gesellschaftswissenschaften an der Ingenieur-Hochschule Mittweida, Prof. Michael Nier, der in der weit gediehenen Planung einer transatlantischen Wirtschaftsgemeinschaft der USA mit der EU das Mittel sieht, die Deutschen endgültig zu entstaatlichen: „Der deutsche Nationalstaat soll verschwinden und nicht wieder rekonstruierbar sein“ (S.33).

Für mich hat der Untergang der DDR gezeigt, ohne starke Freunde und Verbündete ist angesichts der medialen, finanziellen und militärischen Potenzen der Plutokraten die Befreiung Deutschlands, die Durchsetzung seiner Souveränität, zum Scheitern verurteilt. Anders sieht es aus, wenn wir Partner mit ähnlichen Interessen finden – einen eigenständigen, nicht fremdbestimmtem Entwicklungsweg einzuschlagen.

Diese Verbündeten finden wir nur außerhalb der US-Hegemonie. Ich denke da vor allem an Rußland und China. Man muß kein Freund Rußlands sein, um Rußlands Offerten ernsthaft zu prüfen...Deutschland weiß gut, daß Rußland als Siegermacht wohl nicht dagegen sein würde, einmal einen vollwertigen Friedensvertrag im militärpolitischen Bereich zu erörtern...Die russische Seite appelliert an Deutschland, sich durch das Hintertürchen Friedensvertrag von der Last der Siegerrechte zu befreien und in Rußland einen Partner an der Seite zu haben, der die Deutschen unterstützt, wirklich souverän zu werden...

Diese russische Haltung basiert natürlich auf Eigeninteressen .Aber kann es etwas Besseres geben, als wenn beide Seiten Nutzen aus der Zusammenarbeit ziehen? Vor gut zehn Jahren schrieb der russische Generalleutnant Klokotow in seinem Buch „Die geopolitische Zukunft Rußlands“: Heute stellt sich Deutschland als ein wirtschaftlicher Gigant dar und erweist sich als politischer Zwerg. Rußland ist ungefähr das Gegenteil: ein politischer Gigant und ein wirtschaftlicher Krüppel. Die Achse Moskau-Berlin würde die Leiden beider Länder heilen und Rußland und Deutschland eine verheißungsvolle Perspektive bieten (S.34)...

Seit dem Ende des 2. Weltkriegs haben die USA ein Bündnis Deutschland-Rußland immer zu verhindern gewußt. Und sind aktuell mit ihren der BRD aufgenötigten Rußland-Sanktionen ganz aktiv dabei, die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau zu zerstören. Angefangen hat dies unmittelbar nach der Besetzung Deutschlands 1945. Abgesichert durch die Militärpräsenz der Besatzungstruppen wurden Politiker, Gewerkschafter, Journalisten und Wissenschaftler „gekauft“, um anstehende Beschlüsse und Entscheidungen im Sinne der USA zu realisieren. Ein Instrument dazu war zunächst der Militärgeheimdienst OSS. Dem OSS folgte mit dem National Security Act vom 26. Juli 1947 der Geheimdienst CIA (S.36)....

Willy Wimmer, bereits mehrfach zitierter Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium (von 1988 bis 1992) hat berichtet, „daß nach der Wiedervereinigung dem Vernehmen nach gut und gerne 2000 Mitarbeiter der CIA flächendeckend in Deutschland in Augenschein nehmen, welchen Einfluß man noch ausüben könnte. Da bis ins State Department oder die US-Steuerbehörde jeder in Washington seinen eigenen Spionageapparat hat, kann sich in Berlin jeder ausrechnen, wie hoch die Gesamtzahl der Schlapphüte aus Freundesland hier ist. Dabei sind noch nicht einmal die ehemaligen Stasi- und SSD-Mitarbeiter gezählt, die durch US-Dienste sofort nach der Maueröffnung umgedreht wurden...“ Das unterstreicht die Schwierigkeiten, vor denen das deutsche Volk steht, eine eigenständige Politik zu verfolgen oder gar nationale Interessen durchsetzen zu wollen. Was soll Obama bei seinem BRD-Besuch im Juni 2009 im pfälzischen Ramstein, dem größten Luftwaffenstützpunkt außerhalb

der USA, seinen in Afghanistan geschlagenen GI's zugerufen haben: "Germany is an occupied country, and it will stay that way".

Damit dieser anachronistische Zustand so bleibt, befinden sich von den rund 700 außerhalb der USA liegenden größeren Stützpunkten der USA-Armee 179 in Deutschland. Zum Vergleich, im besetzten Japan sind es 123 und 87 in Südkorea. Von den etwa 136.000 dauerhaft in Übersee stationierten US-Soldaten halten sich mit derzeit mehr als 50.000 die meisten ebenfalls in Deutschland auf. Neben den Soldaten sind hierzulande noch etwa 8.500 „US-Zivilpersonen“ und mehr als 30.000 Andere tätig. Unter den letztgenannten dürften Mitarbeiter der zahlreichen US-Geheim- und Nachrichtendienste sowie „Söldner“ privater Sicherheitsunternehmen das mit Abstand größte Kontingent stellen (S.37).

Das Recht zur Stationierung und ihre völlige Bewegungsfreiheit innerhalb Deutschlands ließen sich die Alliierten im übrigen im Zuge der Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung auf unbefristete Zeit verlängern. Und die dabei entstehenden Kosten müssen laut Artikel 120 des Grundgesetzes die deutschen Steuerzahler tragen.

Dabei kommen jedes Jahr Milliardensummen zusammen. Denn neben den reinen Stationierungskosten muß Deutschland auch die Aufwendungen für die Errichtung neuer Unterkünfte, Truppenübungsplätze oder von Flughafenkapazitäten übernehmen....

Schließen möchte ich meine Ausführungen mit einem Blick in die Zukunft. Was liegt näher, als hier auf ein deutsch-russisches Bündnis hinzuarbeiten, eine „Heilige Allianz“, welche bereits vor 200 Jahren so erfolgreich gegen einen Versklaver der Völker Europas zusammenfand und von dem das Leipziger Völkerschlachtdenkmal beredtes Zeugnis ablegt (S.39)...

Wenn im Zusammenleben der Völker wieder das Recht vor der finanziellen und militärischen Macht Vorrang haben soll, muß der Ist-Zustand einer radikalen Revision unterzogen werden.

[1] Sigurd Schulien                      Deutschland im Visier der anglo-amerikanischen Hochfinanz  
Hohenrain-Verlag Tübingen 2017

PS Eine Änderung zum Besseren des hoffnungslos verfahrenen Zustands in der Welt kann durch ein Bündnis Rußland-Deutschland eingeleitet werden!

